

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Sterzwinkel – Bürgerentscheid

Beim letzten Treffen der Bürgerinitiative Sterzwinkel wurde u.a. das Thema Bürgerentscheid bzgl. der Gemeinschaftsschule besprochen.

Spätestens seit die Finanzierung der weiterführenden Schule in Frage gestellt ist, sollten auch die letzten Bürger begriffen haben, daß der demographische Wandel in Hirschberg real angekommen ist, und die Gemeinde vor langfristige Entscheidungen stellt.

Aber worum geht es eigentlich? Es geht doch gar nicht um die Entscheidung „Schule vor Ort oder nicht“ sondern, daß der Gemeinderat und die Verwaltung keine Verantwortung übernehmen wollen und nun die Bürger gefragt werden sollen. Warum gerade bei diesem Thema? Es wird doch auch sonst ohne Bürgerbeteiligung entschieden. Auf der letzten Gemeinderatssitzung wendete die GLH ein, dass der Gemeinderat sehr wohl beschließen könne, dass sachkundige Bürger gehört werden können. Der Mehrheit im Gemeinderat geht es doch gar nicht um die Bürger und deren Wünsche, sonst hätte sie dem Vorschlag der GLH auf Anhörung zugestimmt. Was ist das für ein Verständnis von Bürgerbeteiligung?

Wie soll ein Bürger ohne Konzeptkenntnisse entscheiden? Um welche Schüler geht es überhaupt? Doch um solche, die in ihrer schulischen Laufbahn zur Erlangung von Bildungsgerechtigkeit eine solide, in viele Sozialgefüge eingebettete Förderung gut vertragen können. Ein solches Konzept von Gemeinschaftsschule existiert in Hirschberg, Dank einer engagierten Lehrerschaft, viel ehrenamtlicher Unterstützung aus der Bevölkerung und besonders guten Vernetzungen von Schule und Beruf. Wieso so etwas aufgeben, wovon andere noch ein ganzes Stück entfernt sind? In Zukunft investieren heißt in Bildung investieren, dabei darf man nicht immer die „gymnasiale Elite“ im Blick haben!

Es ist Urlaubszeit und bis September sind nicht alle Bürger vor Ort. Reger Faktenaustausch ist im politischen Sommerloch per se stillgelegt. Dieser wäre aber notwendig, schließlich geht es um eine langfristige Entscheidung.

Dabei liegen die Fakten gar nicht alle auf dem Tisch, die Hausaufgaben sind nicht gemacht. Oder gab es eine Bedarfserhebung in Kindergarten und Grundschule, ob Eltern Ihre Kinder grundsätzlich in eine Gemeinschaftsschule senden würden? Haben wir alle langfristigen Kosten transparent dem Bürger bis dato zur Verfügung gestellt? Auf welcher Nachfragebasis soll hier entschieden werden? Wissen wir insgesamt, wie viel Gemeinschaftsschulen in den umliegenden Gemeinden existieren werden und wie sich dadurch die „Konkurrenzsituation“ entwickelt? Hier geht es evtl. um eine Entscheidung für die nächsten Jahrzehnte. Wissen denn alle Bürger wirklich, was eine Gemeinschaftsschule ist? Es geht hier nicht „nur“ um Familien mit Kindern, sondern auch um alle Bürger, die damit finanziell belastet werden, und die sich im Klaren sein müssen, dass es „ein ganzes Dorf braucht, um ein Kind zu erziehen“ (afrikanisches Sprichwort).

Nicht unklever, mit dem Gang zur Bundestags-Wahlurne über Werden und Vergehen einer Schule zu entscheiden. Ein überaltertes Wählerprofil, weit entfernt vom Schulalltag entscheidet nüchtern und unbetroffen und interessiert sich stärker für Kosten als für gute Bildungsangebote. Um das nötige Quorum zu erreichen, bleiben Schule und Elternschaft nach den Sommerferien im neu beginnenden Schuljahr effektiv zwei stressbehaftete Schul-Wochen in Konkurrenz mit Bundespolitischen Wahlprogrammen. Die Gemeinde übernimmt die Aufgabe einer Lenkungsverwaltung, die sich ihren bereits gefassten Entschluss demokratisch absegnen will. Und welche sozialen Aufgaben möchte man aus finanziellen Gründen mit Hilfe eines Bürgerentscheids als nächstes abstoßen: die Bücherei, die Kulturförderung, den Austausch mit den Partnerschaftsgemeinden?

In bedeutenden und Richtung weisenden Angelegenheiten sind die Bürger bisher nicht gehört worden, und dies haben die Bürger und die Gemeinde mehr Geld gekostet als die Summe, über die nun diskutiert wird.

Und die Mittel waren und sind dafür auch nicht vorhanden (gewesen). Wer hat denn die Bürger gefragt, ob ein Hilfeleistungszentrum von über 7 Mio. Euro wirklich notwendig ist und ob es wirkliche Alternativen gibt? Wer hat denn die Bürger gefragt, ob sie einen nicht fußläufigen Markt außerhalb der Ortsmitte von Großsachsen wollen und die Entscheidung für alternativlos halten? Wer hat denn die Bürger gefragt, ob ein Neubaugebiet außerhalb der bestehenden Ortsgrenzen ökonomisch und ökologisch notwendig ist? Über 900 Unterschriften waren allein insgesamt gegen die letzten beiden Punkte. Gehört bzw. beteiligt wurden diese Bürger nicht. Politik sollte heißen, die Bürger zeitnah und transparent über langfristige Entscheidungen zu informieren und gemeinsam mit Ihnen zukünftige Weichen stellen. Mal eben kurz nach der Urlaubszeit einen Bürgerentscheid, wenn es gerade mal passt (und gewählte Vertreter sich davor drücken, Verantwortung für eine unliebsame und langfristige Entscheidung zu übernehmen), ist eine Missachtung der Demokratie und führt Beteiligungsinstrumente ad absurdum.

Hirschberg braucht intensivere Bürgerbeteiligung und vor allem eine intensive Diskussion, wie es langfristig und strategisch mit dieser Gemeinde bei sinkender Bevölkerung weiter gehen soll. Das kostet Zeit und viele Diskussionen. Diese sollte man sich nehmen.

Bürgerinitiative Sterzwinkel

www.sterzwinkel.de

Email: info@sterzwinkel.de